

Entwicklungen in Europa und anderswo

5. April 2017

E-Government

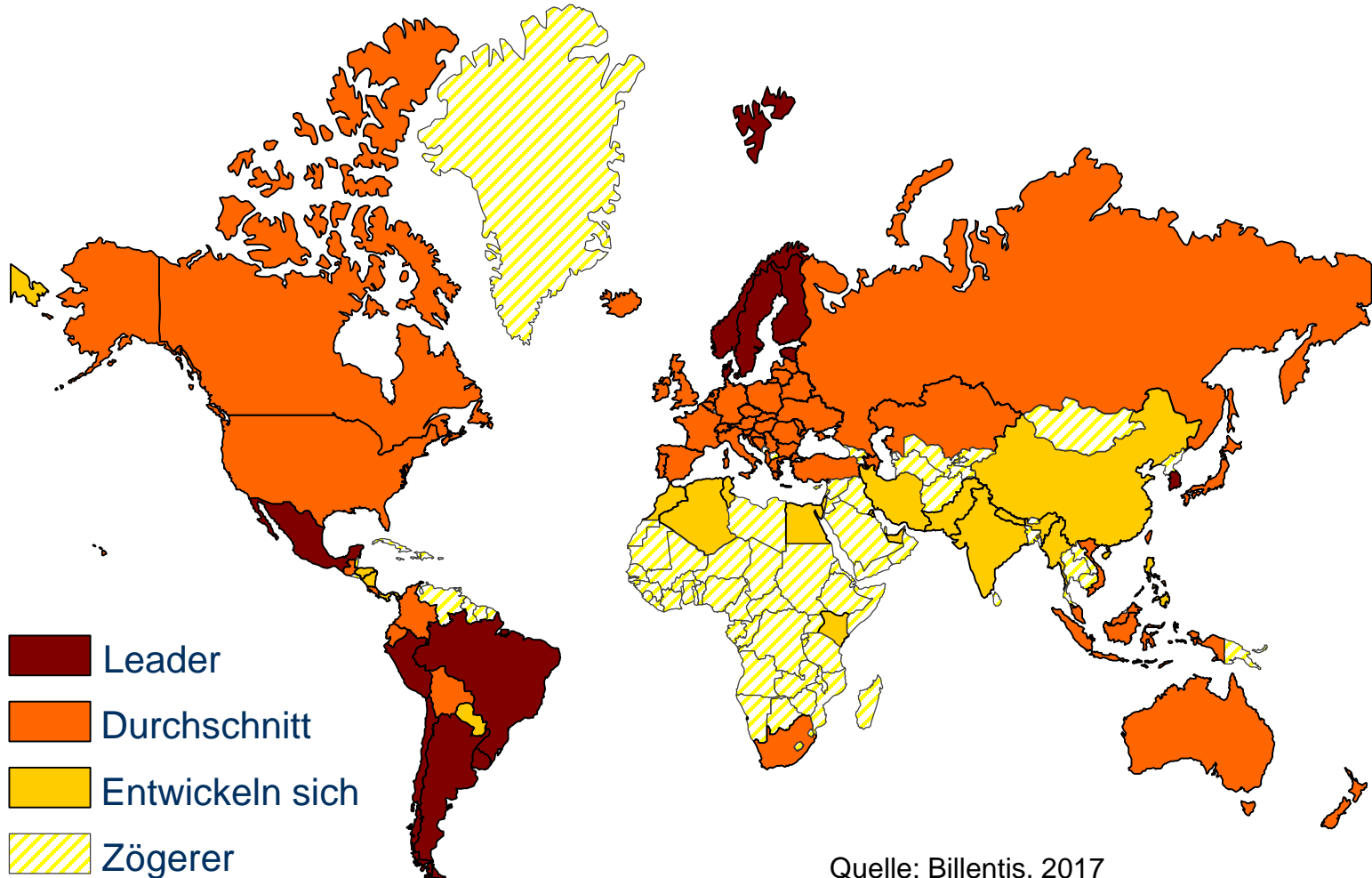
E-Rechnung

E-Rechnung für die öffentliche Verwaltung in der Schweiz



Bruno Koch

Internationaler E-Invoicing Markt 2017



- Öffentlicher Sektor liegt zurück, ändert dies nun aber rasch
- Teilweise oder komplette Verpflichtung für elektronische B2G-Rechnungen in Betrieb bzw. angekündigt in AT*, BE*, CH*, DK, EE, ES, FI, FR, IT, NL*, NO, PL, SE, SI
 - *Nicht für alle föderalen Ebenen
- Dänemark: Verpflichtung seit 2005, inzwischen auch für elektronische Bestellungen; NemHandel Regelwerk
- Frankreich: 80'000 Verwaltungseinheiten bereit; gestaffelter Lieferanten-Rollout; Chorus Plattform; akzeptiert auch PDFs
- Italien: 650'000 Lieferanten → 54'000 Verwaltungseinheiten; Anreiz zur Plattformnutzung für B2B-Rechnungen
- Österreich: rund 60'000 Lieferanten an BVerw; agiert auch als Dienstleister für Bundesländer; mehrere Einlieferkanäle, u.a. PEPPOL (europäisches Regelwerk für Interoperabilität)
- Norwegen und Polen: PEPPOL für alle föderalen Ebenen
- Schweden: PEPPOL für BVerw, keine Vorgabe für Rest

Verbindliche Umsetzungsschritte für die öffentliche Verwaltung in der EU

EU Richtlinien mit weitreichendem Potenzial



- Richtlinien 2014/24/EU (öffentliche Auftragsvergabe) und 2014/55/EU (elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen)
- Verpflichtet über 300'000 öffentliche Administrationen in EU-Ländern ab November 2018 (+18 Monate für Kantone und Kommunen) System- wie Prozess-mässig bereit zu sein für e-Procurement und e-Invoicing
- EU-weite B2G Standards; Architektur ermöglicht spezifische Meldungserweiterungen für B2B-Rechnungen
- Rein bildhafte E-Rechnungen reichen nicht → Strukturdaten (XML) oder ZUGFeRD (PDF/A-3 mit eingebetteten XML-Daten)

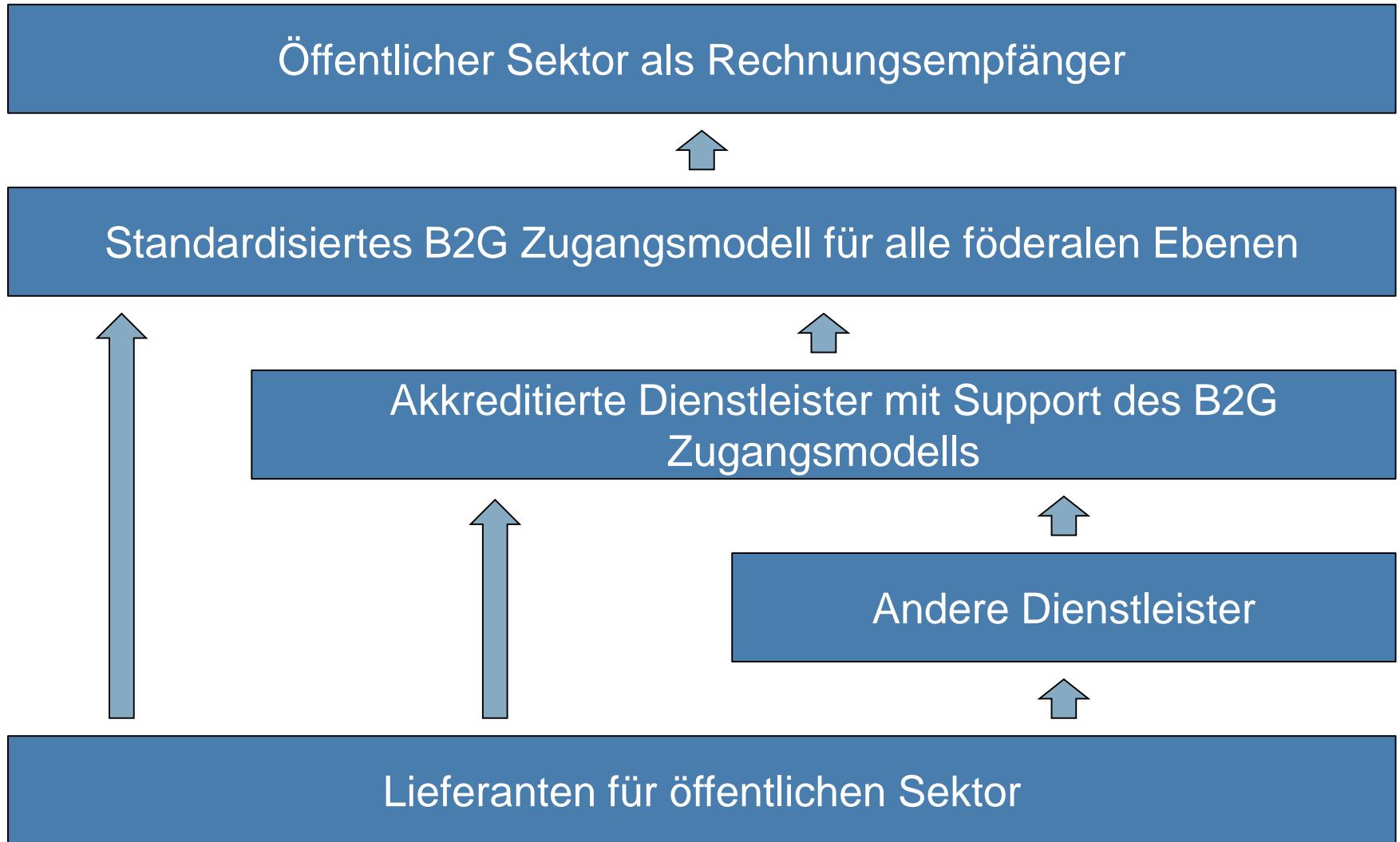
- EU Einflussbereich nur für überschwellige Beschaffungen
- Richtlinien verpflichten nur den öffentlichen Sektor, sich für Digitalisierungsschritt bereit zu machen
- Mitgliedsländer nutzen die EU Richtlinien und dadurch bedingten Gesetzesanpassungen für weitergehende Schritte
 - Soll öffentliche Verwaltungen für ober- und unterschwellige Beschaffungen verpflichten
 - Soll nicht nur eine Verpflichtung für öffentliche Verwaltung werden, sondern auch den Weg ebnen für ein generelles B2G Obligatorium (DE, SE, PL, ...)

Vorzeigemodell Australien

- Ausgangslage und Aufgabenstellung
 - Erstkontakt und Auftragsvergabe
 - Marktstatus
 - Land, das von Erfahrungen in Übersee lernen will
 - Modell soll es erlauben, den Massenmarkt rasch zu adressieren; Interoperabilität, Standards, ...
 - Rolle des Staates und anderer Multiplikatoren?
- Vorgehen
 - Erster Richtungsentscheid: Clearance Modell Ja/Nein?
 - Modell-Vorschlag als Kombination aus besten Einzelkomponenten in Übersee
 - Beurteilung durch wichtige Marktteilnehmer, KMU-, IT-, Treuhand-Verbänden, Banken, Endbenutzer, Dienstleister für e-Rechnung, Bundesverwaltung und Staaten

- Australiens Steuerbetrugsrate etwa 1/3 und öffentliche Verschuldung etwa die Hälfte unter Welt-Durchschnitt → Nein zu Clearance-Modell, stattdessen Orientierung an europäischen Erfolgskomponenten
- Rolle des Staates
 - Initiator-Rolle nötig und von Multiplikatoren gewünscht
 - Soll Lieferanten für B2G e-invoicing verpflichten
- Wichtige Einzelkomponenten
 - Standard als Subset eines internationalen Standards
 - Regelwerk für Interoperabilität zwischen Dienstleistern
 - Akkreditierung der Dienstleister im B2G Segment
 - Multistakeholder Forum für Ausarbeitung der Details

Das Modell im Überblick



- Verwaltung
 - BVerw hat bereits viele ihrer Verwaltungseinheiten für e-Rechnung Lösungs- und Prozess-mässig vorbereitet
 - BVerw koordiniert ihre Aktivitäten mit Bundesstaaten und motiviert diese für Adaption des Modells und B2G-Verpflichtung auf ihrer föderalen Ebene
 - Gibt öffentliches Commitment für Modell/Standard ab
- Privatwirtschaft und Multistakeholder Forum
 - Standard nach nur 6 Monaten verabschiedet
 - Anbieter von ERP-/Buchhaltungslösungen setzen um
 - MSF akkreditiert gegenwärtig erste Dienstleister

Das australische B2G Modell dürfte ein halbes Jahr vor jenem der EU laufen, u.a. auch wegen der hohen Bereitschaft, bereits Erfundenes einfach zu adaptieren.

Was die Schweiz daraus lernen kann

- Schweiz hat als Pionier für e-Rechnungen viel erreicht
- Heute würde man wohl Vieles etwas anders machen
- Szenarien für künftige B2G Entwicklung
 1. Status Quo; läuft; Interoperabilität bleibt proprietär und international wenig kompatibel
 2. Modell wie in Australien aufbauen und umsetzen; dauert und kostet
 3. B2G-Ausschreibungen und Vertragserneuerungen enthalten künftig eine Anforderung sinngemäss mit „Dienstleister unterstützt ab Produktivdatum die Interoperabilität zu anderen Dienstleistern auf Basis von PEPPOL oder etwas mindestens Ebenbürtigem; beschreiben Sie, wie Sie den gegenüber heutigen Interconnects besseren Status erreichen wollen.“

Bruno Koch

+41 71 911 60 32

www.billentis.com [Twitter](#) [XING](#) [LinkedIn](#)

LinkedIn-Gruppe: E-Rechnung – elektronische Rechnungsverarbeitung